

**Rede zu Protokoll
Frau Sylvia Löhrmann
Ministerin für Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Bundesratsplenum 10.2.2017 / TOP 106

Anrede,

She decides!

Jede Frau, jedes Mädchen entscheidet selbst darüber, was mit ihr, was mit ihrem Körper geschieht. Vor allem und ganz besonders in Fragen der eigenen Gesundheit und von selbstbestimmter Familienplanung.

Viele von uns können sich sicher noch gut an die Auseinandersetzungen erinnern, die wir in Deutschland zu diesen Fragen einschließlich der Frage einer Abtreibung hatten und teilweise heute noch haben.

Für viele hundert Millionen Frauen und Mädchen in der ganzen Welt ist dieses Recht auf selbstbestimmte Entscheidung aber eben gerade nicht selbstverständlich. Allein schon deshalb, weil eine solche Entscheidung nur möglich ist, wenn es auch Angebote für Information, Beratung und Unterstützung gibt.

Genau diese Beratung und Unterstützung droht aber nun für hunderte Millionen von Frauen und Mädchen wegzubrechen, seit der neu gewählte US-Präsident Trump per Dekret die amerikanischen Entwicklungshilfemittel für all diejenigen Einrichtungen gestrichen hat, die in den Ländern des globalen Südens solche Beratungs- und

Unterstützungsangebote machen - und dabei eben auch über das sensible Thema Abtreibung reden.

Das können, das dürfen wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir dürfen nicht wegsehen, sondern wir müssen uns einmischen und uns dafür einsetzen, dass es auch für diese Frauen und Mädchen künftig weiter heißen kann: She decides.

Ich weiß nicht, ob Herr Trump tatsächlich daran glaubt, dass es Abtreibungen verhindert, wenn man nicht mehr darüber redet.

Tatsache ist, dass entsprechende Dekrete in der Vergangenheit exakt das Gegenteil erreicht haben – und zwar nachweisbar!

Mehr unerwünschte Schwangerschaften, mehr Abtreibungen, vor allem auch mehr unsichere Abtreibungen in Hinterzimmern und auf der Straße und nicht zuletzt Tausende von toten Frauen und Mädchen werden die Folge sein, wenn es diese Angebote nicht mehr gibt!

Mehr Infektionskrankheiten, noch mehr Armut, noch mehr Elend!

In Ländern, die durch Kriege und Hungersnöte wahrlich schon genug gebeutelt sind!

Anrede,

wir dürfen nicht zusehen, wenn aus einer ideologisch verblendeten rückwärtsgewandten Frauenpolitik heraus die Millenniumsziele der Vereinten Nationen in Frage gestellt werden. Im Jahr 2000 haben sich in New York Vertreterinnen und Vertreter aus 189 Ländern darauf

verständnis, mit gezielten Maßnahmen in Ländern des globalen Südens die Rechte von Frauen zu stärken, die Gesundheit von Müttern zu verbessern, die Kindersterblichkeit zu verringern und die Verbreitung von Aids und anderen Infektionskrankheiten einzudämmen.

All das soll nicht mehr gelten? All das soll falsch sein, bloß weil es mit dem Frauenbild eines US-Präsidenten nicht vereinbar ist?

Ich sage: NEIN - und wir als nordrheinwestfälische Landesregierung sagen: NEIN!

Deshalb sind wir der niederländischen Entwicklungshilfeministerin Lilianne Ploumen auch sehr dankbar, dass sie als erste die Initiative ergriffen und einen Fonds ins Leben gerufen hat, der den Weiterbestand dieser Angebote finanzieren soll.

Sie hat damit eine Plattform geschaffen, auf der sich all diejenigen zusammentun können, die der rückwärtsgewandten Frauen- und Familienpolitik des neuen US-Präsidenten etwas entgegen setzen wollen.

Anrede,

Solidarität tut not in diesen Zeiten, Solidarität der Europäerinnen und Europäer untereinander, aber vor allem auch mit den Menschen des so genannten globalen Südens. Deshalb fordern wir die Bundesregierung mit diesem Antrag auf, sich ebenfalls bei denjenigen einzureihen, die die niederländische Initiative unterstützen.

Es wäre ein starkes Zeichen, wenn Deutschland, wenn die deutsche Bundeskanzlerin diese Initiative unterstützte. Sorgen wir mit dafür, dass für Frauen und Mädchen überall in der Welt gelten kann:

„She decides“ !